

Stabsbereich Kommunikation

**Es gilt das
gesprochene Wort**

Jahresschlussansprache

des Präses der HANDELSKAMMER HAMBURG

Fritz Horst Melsheimer

vor der

„Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg e. V.“

am 31. Dezember 2013

in der Handelskammer Hamburg

**! S P E R R F R I S T !
Frei für
31.12.13, 12 Uhr**

Handeln – nicht unterlassen!

„Die Zukunft ist offen. Sie ist kein unentrinnbares Schicksal und kein Verhängnis. Sie kommt nicht einfach über uns. Wir können sie gestalten – mit dem, was wir tun und mit dem, was wir nicht tun.“

So ermutigte uns der frühere Bundespräsident Johannes Rau, angesichts der Herausforderungen der Zukunft nicht zu zaudern, sondern zu handeln, um die Weichen für zukünftige Entwicklung zu stellen. Entlang der Devise „Handeln – nicht unterlassen!“ will ich einen genaueren Blick auf die aktuelle Lage der Welt und Europas werfen und dann auf die Situation in Deutschland, Norddeutschland und Hamburg zu sprechen kommen.

Der Blick von Deutschland und Hamburg in die Welt war in diesem Jahr häufig in Richtung Westen auf die andere Seite des Atlantiks gerichtet. Die USA, jahrzehntelang Inbegriff von Freiheit, ökonomischer Stärke und Partnerschaft, bieten ein ambivalentes Bild. Einerseits hat sich die ökonomische Lage stabilisiert. Das Wirtschaftswachstum erreicht im laufenden Jahr 2013 fast zwei Prozent. Die Arbeitslosigkeit sinkt stetig. Es werden neue, große inländische Energiereserven erschlossen. Das mindert das geostrategische Interesse am arabischen Golf und sorgt für niedrige Energiepreise. Experten sprechen bereits von einem Comeback der USA als führende Industrienation.

Allerdings ist das Vertrauen in unsere Partner jenseits des Atlantiks beschädigt. Der Staatshaushalt der USA läuft nach wie vor aus dem Ruder und wird zum Teil über die Notenpresse finanziert. Die amerikanische Notenbank hält bereits 25 Prozent der amerikanischen Staatsanleihen. Der Government Shutdown vom Oktober dieses Jahres und der drohende Staatsbankrott der USA ließen die Weltwirtschaft erneut in den Abgrund einer globalen Wirtschaftskrise blicken. Auch wenn das Schlimmste nicht eintraf, bleibt ein bitterer Nachgeschmack. Verantwortungsvolles Handeln der politischen Elite eines Landes mit weltweitem Führungsanspruch sieht anders aus!

Noch vor zwei Jahren wurde Angela Merkel mit der Freiheitsmedaille, der höchsten zivilen Auszeichnung der USA, geehrt. Wie wir heute wissen, hat dies den US-Geheimdienst nicht davon abgehalten, das Telefon unserer Bundeskanzlerin systematisch abzuhören. Meine Damen und Herren, das ist mit den Aktivitäten der Geheimdienste zur Gefahren- und Terrorabwehr nun wirklich nicht zu begründen. Dieser Vertrauensbruch belastet die über Jahrzehnte aufgebaute deutsch-amerikanische Freundschaft. Und ich würde mich über mehr amerikanische Aktivitäten freuen, das zerbrochene Porzellan zu kitten.

Versäumnisse in dieser Hinsicht nähren die Sorge, dass auch ökonomisch relevante Daten ausgespäht worden sind und werden. In Zeiten, in denen über eine transatlantische Freihandelszone diskutiert wird, ist dies besonders ärgerlich. So wie die Bundesregierung unnachgiebig auf Aufklärung des Abhörskandals drängen muss, so wichtig erscheint mir, dass der Kurs zur Schaffung der Transatlantic Trade and Investment-Partnership, kurz TTIP, konsequent fortgesetzt wird. Wenn die transatlantische Freihandelszone zustande kommt, könnte die Wirtschaft in der EU um bis zu 120 Milliarden Euro pro Jahr – das sind rund 0,9 Prozent - zusätzlich wachsen. In Deutschland würden 100.000 neue Arbeitsplätze entstehen.

Neben den TTIP-Verhandlungen verdient auch der weltweit ausgerichtete Doha-Prozess fortgesetzt zu werden. Das Ergebnis der Ministerrunde in Bali war ein großer Erfolg für die WTO und die multilateralen Bemühungen um globalen Freihandel. Nach Schätzungen der Internationalen Handelskammer ICC wird das Abkommen weltweit 10-15 Prozent an Transaktionskosten einsparen und könnte die Weltwirtschaftsleistung um bis zu einer Billion US-Dollar erhöhen.

Die erfolgreichen Bali-Verhandlungen könnten auch die Dynamik in wichtigen Schwellenländern wie Brasilien, Russland, Indien und China, den sogenannten BRIC-Ländern, wieder steigern. Diese Länder haben mit ihrem Wohlstandshunger in den letzten Jahren maßgeblich dazu beigetragen, dass die westlichen Industrieländer der Abwärtsspirale nach 2008 entkommen konnten. Allerdings stecken diese Staaten nun – aus jeweils unterschiedlichen Gründen – in strukturellen Anpassungskrisen. Sie werden ihre Wachstumsmodelle neu justieren müssen.

Deutschland und Hamburg konnten von der Entwicklung dieser Länder in der letzten Dekade überdurchschnittlich stark profitieren. Wir werden die nachlassende Dynamik zu spüren bekommen.

Insbesondere China ist im Ranking unserer wichtigsten Außenhandelspartner in den letzten Jahren kontinuierlich nach oben geklettert und ist – nach Frankreich – Hamburgs zweitwichtigster Partner im Außenhandel. Für unseren Hafen ist China mit 2,6 Millionen umgeschlagenen Standardcontainern pro Jahr der mit Abstand wichtigste Kunde. Seit die Chinesen uns Deutsche als Reiseweltmeister abgelöst haben, dürfen wir auch mit mehr chinesischen Touristen in Hamburg rechnen. Einen entsprechenden Impuls bei chinesischen Reiseveranstaltern haben wir mit einer Delegationsreise nach Peking und Shanghai gesetzt.

Geworben haben wir insbesondere mit der Musikstadt Hamburg, an deren Wahrzeichen inzwischen erfreulicherweise ja wieder gebaut wird. Mit Spannung bleibt abzuwarten, wie sich die vom 3. Plenum des 18. Parteitages beschlossenen Reformen auf die weitere Entwicklung in China auswirken. Hinsichtlich der Bedeutung der Marktwirtschaft werden sie von chinesischer Seite als historisch eingestuft. So soll zum Beispiel jegliche Diskriminierung von privaten gegenüber Staatsunternehmen künftig beseitigt werden. Die neue chinesische Staatsführung trägt eine große Verantwortung, nicht nur für Stabilität und Entwicklung im eigenen Land, sondern auch für die gesamte Weltwirtschaft. Der „Hamburg Summit: China meets Europe“ des Jahres 2014 verspricht, besonders interessant zu werden, und wir dürfen uns freuen, einen sehr hochrangigen chinesischen Staatsgast begrüßen zu dürfen.

Auch in anderen Regionen bleibt unsere Handelskammer aktiv, um Hamburger Unternehmen Wege in Märkte mit großem Potenzial zu bahnen. So konnten wir in diesem Jahr das 20-jährige Jubiläum unserer Vertretung in St. Petersburg feiern. Unsere Vertretung in Königsberg wird im kommenden Jahr ebenfalls seit 20 Jahren bestehen.

Erwähnen möchte ich auch weitere Veranstaltungen wie den Lateinamerikatag, die Deutsch-Brasilianischen Wirtschaftstage und die India Week Hamburg. Sie tragen dazu bei, internationale Absatz- und Beschaffungsmärkte für die Hamburger Wirtschaft zu erschließen.

Beunruhigen muss uns der Blick auf Teile Nordafrikas und des Mittleren Ostens. Die Vereinbarung mit dem Iran ist zwar ein Lichtblick, doch muss in Jahrzehnten verlorengegangenes Vertrauenskapital erst aufgebaut werden, bevor von einer tragfähigen Lösung gesprochen werden kann. Desaströs ist nach wie vor die Lage in Syrien. Der Bürgerkrieg hat mehr als 100.000 Menschen das Leben gekostet. Der erwiesene Einsatz von Chemiewaffen zeigt, wie erbittert der Konflikt geführt wird und wie gefordert die internationale Staatengemeinschaft in dieser Frage ist. Jeder Tag, den der Konflikt andauert, trägt dazu bei, dass die Region insgesamt an Stabilität und Entwicklungsperspektiven verliert. Der Fall Ägypten zeigt, dass die Ablösung einer Autokratie nicht automatisch zu einem stabilen demokratischen System führt. Stets stehen in der Region auch die Optionen Militärherrschaft oder islamistische Diktatur im Raum.

All dies spielt sich in unserer engsten Nachbarschaft ab. Schnell kann die Krise in einem der Länder einen Flächenbrand auslösen, der auch Europa in Mitleidenschaft zieht. Wir haben daher ein Interesse, politische und ökonomische Stabilität zu fördern, wo immer dies geht. Unsere Handelskammer leistet hierzu einen bescheidenen Beitrag mit ihrem Berufsbildungsprojekt in Tunesien im Auftrag des Auswärtigen Amtes und mit der Pflege

unserer engen Wirtschaftskontakte mit den Vereinigten Arabischen Emiraten. Mit Freude blicke ich dem vierten „Dubai Hamburg Business Forum“ Anfang Februar entgegen. Die Fluggesellschaft Emirates sichert mit 140 Bestellungen des A380, die alle in Hamburg ausgeliefert werden, hochgeschätzte Industriearbeitsplätze in unserer Metropolregion.

Wie schnell die Folgen von Krisen auch zu uns herüber schwappen können, zeigt die Situation der über Lampedusa nach Hamburg gelangten Flüchtlinge. Natürlich verdient jeder dieser Menschen unser Mitleid. Und natürlich verdient jeder dieser Menschen eine individuelle Würdigung seines Einzelschicksals im Lichte der deutschen Gesetze. Doch ist notwendige Voraussetzung dafür nicht auch die Offenlegung der persönlichen Identität? Ist notwendige Voraussetzung dafür, die Segnungen unseres Staates in Anspruch nehmen zu wollen, nicht auch, sich den Vertretern dieses Staates zu erkennen zu geben? Wie soll dies anders funktionieren? Doch nicht, indem die Kirche auf ewig Asyl in ihren Mauern gewährt!

Es gibt keine Alternativen zu einer Politik, die

1. die Situation in Nordafrika stabilisiert,
2. eine Strategie der geregelten Einwanderung in unser Wirtschaftssystem entwickelt,
3. Rechtstreue in Deutschland und insbesondere in Hamburg sicherstellt und
4. verhindert, dass das Demonstrationsrecht missbraucht wird in Form der bewussten Lahmlegung der City-Einkaufslagen an den Adventssamstagen.

Überhaupt nicht akzeptabel ist der gewalttätige Vandalismus des Vorweihnachtswochenendes, dem jeder Vorwand recht war, Chaos zu verbreiten und sogar Unbeteiligte anzugreifen. Dies erfordert das entschiedene Eintreten des wehrhaften Rechtsstaates, dessen Organen ich von dieser Stelle für Ihren Einsatz aufrichtig danke. Mein besonderer Dank gilt der Polizei.

In diese Richtung zu wirken, darin sehe ich die gemeinsame Aufgabe aller demokratischen Parteien in Hamburg. Dass unsere Stadt dabei nicht einer falsch verstandenen Toleranz und Weltverbesserung erliegt, sondern sich als weltoffene Stadt beweist, dafür haben Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister Scholz, nach Ihrem Amtsantritt mit der Einbürgerungskampagne für ausländische Hamburger ein wichtiges Signal gesetzt. Ich gratuliere Ihnen ausdrücklich zu diesem Erfolg!

Vielen Menschen – von Nordafrika bis hin zur Ukraine – erscheint Europa als gelobtes Land. Wir Europäer hingegen hadern zunehmend mit dieser Vorstellung, seit die friedensstiftende

Funktion hinter ökonomischen Spannungen und Disparitäten verblasst. Deutschland, die größte Volkswirtschaft in der EU, steht dank mutiger Agenda-Reformen bislang als Musterknabe da. Ich beziehe mich hierbei ausdrücklich auf die geltenden deutschen Rahmenbedingungen vor dem Koalitionsvertrag!

Blicken wir nach Frankreich, Spanien und Italien, um nur die wichtigsten Partner zu nennen, so sind die Probleme und der Reformstau unübersehbar.

Vizekanzler Gabriel hatte durchaus Recht, als er im November beim SPD-Parteitag in Leipzig formulierte: „Ganz Europa schaut hierher: Ob wir Ihnen helfen wollen oder ob wir uns verdrücken“. Die Frage ist bloß: Welche Art von Hilfe ist die richtige? Dauerhafte Transfers und eine Politik des billigen Geldes können notwendige Reformen nicht ersetzen. Für diese Reformarbeit sollte Deutschland seine Hilfe anbieten und weiterhin mit gutem Beispiel vorangehen.

Ich verkenne nicht, dass uns zuletzt einige positive Signale aus einigen Krisenstaaten erreichen:

- Spanien hat die Rezession im Sommerquartal hinter sich gelassen. Irland konnte schon im Frühjahr wieder Geld am Kapitalmarkt aufnehmen. Beide Länder werden aus den Hilfsprogrammen der Euroländer aussteigen.
- Griechenland hat es in 2013 bisher geschafft, weniger auszugeben als einzunehmen und erwartet in 2014 ein Wachstum von 0,6 Prozent.
- Und auch die TARGET II Salden der Deutschen Bundesbank, die uns noch im Jahr 2012 sehr beunruhigt haben, gingen Monat für Monat zurück.

Bereits Anfang des Jahres verkündeten Ratspräsident Van Rompuy, Kommissionspräsident Barroso und Finanzminister Schäuble einhellig, die Euro-Krise sei überwunden. Dies, mit Verlaub, erscheint mir dann doch etwas zu voreilig. Wir dürfen uns nicht von diesen Hoffnungsschimmern blenden lassen.

Wer genauer hinsieht erkennt schnell: Keines der grundlegenden Probleme der Währungsgemeinschaft ist gelöst. Viele Staaten sitzen nach wie vor auf enormen Schuldenbergen, leiden unter geringer Wettbewerbsfähigkeit und schleppen marode Banken mit. Stets wurden in letzter Sekunde Rettungsschirme gespannt und Hilfspakete geschnürt. Die Niedrigzinspolitik der EZB und die Zusage des Zentralbankpräsidenten Draghi, alles für den Erhalt des Euro zu tun, haben den Verantwortlichen Zeit verschafft.

Ist diese Zeit auch sinnvoll genutzt worden? Der öffentliche Schuldenstand in der Euro-Zone stieg im laufenden Jahr von 89,9 auf 93,4 Prozent der Wirtschaftsleistung. Die Jugendarbeitslosigkeit in der Euro-Zone verharrt bei fast 25 Prozent, in Griechenland gar bei 60 Prozent, und in Zypern blieben – für die Euro-Zone ein Novum – die Banken zwei Wochen lang geschlossen. Der Zahlungsverkehr wurde eingeschränkt. Hinzu kommt: Die im September 2012 erfolgte Ankündigung der Europäischen Zentralbank, Staatsanleihen der Krisenstaaten – zur Not auch unbegrenzt – aufzukaufen, bleibt eine gefährliche Gratwanderung. Auf *die Kapitalmärkte* hat dieses Signal eine positive Wirkung gehabt. Bei den *Politikern* der Problemländer dürfte dieses Signal allerdings ganz anders verstanden worden sein. Ich befürchte, die Politiker könnten gelernt haben, dass sie die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Länder gar nicht verbessern müssen, sondern dass es vielleicht auch ohne grundlegende Reformen geht – zumindest während ihrer Amtszeit.

Die künstlich niedrigen Zinsen, die teilweise sogar einem negativen Realzins gleichkommen, reduzieren nicht nur den Reformdruck, sie bergen auch den Keim künftiger neuer Krisen. Wir sehen das in dem Run auf Aktien und Immobilien in Ballungsräumen und in einer hier und da zu beobachtenden allzu leichten Kreditvergabe ohne genügendes Eigenkapital. Fast alle Krisen sind durch Überhitzungen am Immobilienmarkt ausgelöst worden, übrigens auch die Krise 2008 in Amerika. Die Folgen der Euro-Krise werden faktisch aus der Entwertung der Ersparnisse deutscher Anleger mitfinanziert. Eine neue Form von sozialer Ungerechtigkeit, die vor allem kommende und aktuelle Pensionäre trifft, die in Form von Geldvermögen Vorsorge fürs Alter getroffen haben. Niedrige Zinsen sind eine Droge, die der Politik das Gefühl verleiht, notwendige Reformen auf morgen verschieben zu können. Das Erwachen wird mit einem gewaltigen Kater verbunden sein, wenn das System durch die unvermeidliche Zinswende auf Entzug geschaltet werden muss.

Die neue Bundesregierung muss daher alles daran setzen, die EZB aus dieser Rolle des „Lender of last resort“ zu befreien und die gefährliche Vermischung von Fiskal- und Geldpolitik zu beenden. Die ersten Erfolge in den Krisenstaaten dürfen in keinem Fall Anlass dazu bieten, weitere Reformen auf die lange Bank zu schieben oder beschlossene Vorhaben nicht umzusetzen. Der Weg zur endgültigen Stabilisierung ist noch lang, und er muss konsequent weiter beschritten werden. So prophezeite der bisherige EZB-Direktor Jörg Asmussen Europa jüngst noch zehn harte Jahre und schwierige Anpassungsprozesse.

Von einem der Gründerväter der Europäischen Union, *Jean Monnet*, stammt das Wort: "L'Europe se fera dans les crises". Europa entsteht aus seinen Krisen heraus. Das wird hoffentlich auch jetzt wieder so sein.

Dass die EZB in die Situation des Notankers Europas geraten ist, liegt letzten Endes daran, dass sie auf dem Höhepunkt der Krise die einzige handlungsfähige europäische Institution war. Vor allem an diesem Punkt – der Schwäche der europäischen Institutionen – muss angesetzt werden.

Ich sage dies bewusst im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament im Frühjahr, die unsere volle Aufmerksamkeit verdienen. Was wir brauchen ist eine handlungsfähige europäische Wirtschaftsregierung, die die exzessive Ausgabenpolitik einzelner Länder verhindern, Reformen durchsetzen und Aufsicht über das Finanzwesen wirksam wahrnehmen kann. Hierfür ist parlamentarische Kontrolle elementar.

Daher gehört das Europäische Parlament gestärkt; allerdings unter der Bedingung, dass sich die EU auf supranationale Kernaufgaben beschränkt und aufhört, Details des Wirtschaftslebens regeln zu wollen.

Insbesondere für die weitere Entwicklung des gemeinsamen europäischen Arbeitsmarktes sehe ich großes Potenzial. Ein integrierter europäischer Arbeitsmarkt könnte einen wichtigen Beitrag dazu leisten, strukturelle Ungleichgewichte innerhalb der Euro-Zone abzutragen und zugleich mehr Menschen an den Chancen Europas teilhaben zu lassen. Wie weit wir davon entfernt sind, zeigt die Tatsache, dass wir uns in Deutschland intensiv mit dem Fachkräftemangel beschäftigen müssen, während in Südeuropa eine ganze Generation buchstäblich auf der Straße steht und um ihre Zukunft gebracht wird. Nun sollte man meinen, dass sich Legionen von Südeuropäern nach Norden bewegen, um hier in Lohn und Brot zu gelangen. Das ist leider nicht der Fall.

Unsere Handelskammer hat im laufenden Jahr in Kooperation mit der Handelskammer Barcelona intensiv daran gearbeitet, katalanischen Jugendlichen eine Ausbildung in Hamburg zu ermöglichen. Dies hat sich als weit schwieriger erwiesen als gedacht. Trotz jahrzehntelanger Europäischer Union und vieler Projekte, trotz desselben abendländischen Kulturhintergrundes sind es Sprachbarrieren, Mentalitäts-, ja sogar Klimaunterschiede, die die Mobilität der Auszubildenden und Arbeitskräfte hemmen. Daran müssen und werden wir mit unseren Freunden aus Katalonien arbeiten – bis auf das Wetter versteht sich, das können unsere spanischen Freunde gerne mitbringen.

Aber auch die Mitgliedsländer selbst können durch Reformen ihrer Arbeitsmärkte und ihrer Sozialsysteme für mehr Wettbewerbsfähigkeit, mehr Wachstum und mehr Wohlstand

sorgen. Wie ein solches Reformpaket aussehen kann, hat Deutschland mit der Agenda 2010 vorexerziert. Noch vor zehn Jahren wurde Deutschland als kranker Mann Europas verlacht. Heute liegen wir auf Rang vier der wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften der Welt.

Die Bundestagswahl im September hat vor allem eines ganz deutlich zum Ausdruck gebracht: Die Mehrheit der Menschen in Deutschland wünscht sich stabile Verhältnisse und keine weiteren Steuererhöhungen. Die von den Parteien des linken Spektrums während des Wahlkampfes diagnostizierte soziale Spaltung unserer Gesellschaft und die daraus abgeleitete Forderung nach mehr Umverteilung von oben nach unten wurde von den meisten Wählern nicht verspürt. Warum auch? Über 75 Prozent der Deutschen sind zufrieden mit ihrer wirtschaftlichen Situation. Eine Analyse des deutschen Steuersystems im internationalen Vergleich zeigt zudem, dass im bestehenden System bereits stark von hohen zu niedrigen Einkommen umverteilt wird. Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie seit langem nicht und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten so hoch wie nie. Für 2014 werden Steuereinnahmen in einer Rekordhöhe von 638 Milliarden Euro prognostiziert und 2017 wird voraussichtlich die 700 Milliarden Euro Grenze durchbrochen. Das ist für die neue Bundesregierung eine komfortable Situation, um die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte voranzutreiben, das Steuersystem – zum Beispiel durch den Abbau der kalten Progression – zu reformieren und Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur zu tätigen.

Vor diesem Hintergrund kann der aktuelle Koalitionsvertrag zwar als gangbarer Kompromiss gesehen werden, er hat aber auch entscheidende Schwachstellen. Diese liegen vor allem im Bereich der Arbeitsmarkt- und der Sozialpolitik. Viele wichtige Reformen der letzten Jahre – die Mut erforderten und die sich für Deutschland ausgezahlt haben, die auch von politischer Weitsicht zeugten – werden teilweise zurückgenommen. Zu nennen sind zum Beispiel Einschränkungen bei der Zeitarbeit, einst ein wichtiges Kernstück der Hartz-Reformen. Hinzu kommen milliardenschwere Ausgaben durch Projekte wie Mütterrente, Rente mit 63 und die Beibehaltung des Betreuungsgeldes. Die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro birgt die Gefahr steigender Arbeitslosigkeit und des Abwanderns bestimmter Tätigkeiten in die Schattenwirtschaft. Besonders die Schwächsten am Arbeitsmarkt werden davon betroffen sein: die Berufseinsteiger, die Geringqualifizierten, die Teilzeitkräfte und die Minijobber.

Die Antwort auf niedrige Einkommen und geringe Löhne kann doch nicht im Vorgaukeln bestehen, man könne ein gewünschtes Marktergebnis gesetzlich verordnen. Der Markt wird leider genau entgegengesetzt reagieren.

Die einzige seriöse Antwort kann nur darin bestehen, die allgemeinbildenden Schulen zu stärken, echte Ganztagschulen flächendeckend einzuführen, die Systeme der Aus- und Weiterbildung weiter zu verbessern und den Arbeitsmarkt transparenter und flexibler zu machen, statt ihn immer noch weiter zu regulieren.

Auch die beschlossene Mietpreisbremse entspringt dem irrigen Glauben, man könne Gerechtigkeit durch Eingriffe in die freie Preisbildung erzeugen. Nach wie vor gilt: „Miete ist Rendite!“. Und wenn die Rendite nicht stimmt, werden die privaten Investitionen in den Wohnungsbau zurückgehen. Die sogenannte Mietpreisbremse ist in Wahrheit eine Neubaubremse. Sie wird dazu führen, dass weniger gebaut wird als eigentlich möglich und nötig wäre. Auf mittlere Frist also wird die Wohnungsnot steigen – nicht sinken. Wenn Hamburg wirklich zu einer „Big City“ werden soll, brauchen wir neue Wohnungen. Diese werden nur gebaut, wenn sich die Investitionen rechnen. Angesichts des bislang erfolgreichen Wohnungsbauprogramms des Senats ist es daher gleichermaßen verwunderlich wie ärgerlich, dass die Initiative für die Mietpreisbremse ausgerechnet aus Hamburg kam.

Verehrte Damen und Herren des Senats, man sollte nie gleichzeitig mit ausgestreckten Beinen auf dem Gas- und Bremspedal stehen.

Der Wirtschaftsstandort Deutschland steht und fällt mit dem Erfolg oder Misserfolg der eingeleiteten Energiewende. Die Wirtschaft erwartet von der neuen Bundesregierung, den Rahmen für die Energiewende buchstäblich vom Kopf auf die Füße zu stellen. Der Koalitionsvertrag enthält vor diesem Hintergrund einige positive Signale, auch wenn Näheres erst im April vorgelegt werden soll. Erfreulich ist das klare Bekenntnis zur Gleichgewichtung der Ziele Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltschutz bei der Energiewende. Daher weckt die Ankündigung einer grundlegenden Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes Hoffnungen auf spürbare Kostendämpfungen für die Wirtschaft. Diese sind dringend erforderlich, damit die hohen Energiepreise Konjunktur und Wachstum nicht gefährden. Und auch die Aussagen zum Netzausbau weisen in die richtige Richtung. Was ich nach wie vor allerdings vermisse, ist ein klares Gesamtkonzept, das der Wirtschaft eine deutliche Perspektive aufzeigt und die Planungssicherheit erhöht.

Wichtige Eckpunkte dieser Neugestaltung müssen nach meiner Auffassung sein:

1. eine deutliche Senkung der staatlich induzierten Abgaben; kurzfristig durch Reduzierung der Stromsteuer und bis Mitte 2014 durch eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes mit abgesenkter EEG-Umlage für alle Verbraucher.
2. die Beibehaltung der reduzierten EEG-Umlage für stromintensive Industrien, um deren internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Das von der EU eingeleitet Wettbewerbsverfahren ist abwegig.
3. der Ausbau der Netze mit besonderer Priorität der Nord-Süd-Verbindungen, um das Potenzial der Windenergie optimal zu nutzen.
4. mehr Augenmerk auf die Versorgungssicherheit, um das Risiko größerer Blackouts, die katastrophale Folgen für die Wirtschaft hätten, zu minimieren.

Ein weiteres Thema von überragender Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland ist die Verkehrspolitik, insbesondere der Erhalt und der Ausbau der Infrastruktur. Seit Jahren sinken die Investitionen in unsere Infrastruktur, obwohl das Verkehrsaufkommen ständig steigt. 50 Prozent der im letzten Plan als vordringlich eingestuften Vorhaben konnten nicht realisiert werden. Es fehlten insgesamt 89 Milliarden Euro. Der Bundesverkehrswegeplan war in der Vergangenheit immer mehr zu einem Wunschzettel und Sammelsurium von Ortsumgehungen verkommen. Vor diesem Hintergrund begrüße ich ausdrücklich die Absicht, ein „nationales Prioritätenkonzept“ zu definieren, in das 80 Prozent der Mittel fließen sollen.

Erfreulich ist aus Hamburger Sicht insbesondere, dass der Ausbau der Seehafenhinterlandanbindungen explizit zu den Prioritäten zählt.

Darüber hinaus haben sich die Koalitionäre dazu bekannt, die Bundesmittel für die Verkehrsinfrastruktur substanziell zu erhöhen. Die zugesagten zusätzlichen fünf Milliarden Euro für vier Jahre sind ein Signal, aber nehmen sich eher aus wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Hier muss deutlich mehr investiert werden.

Außerdem sollten auch die Einnahmen aus der beschlossenen Maut vollständig und zusätzlich für den Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur verwendet werden. Dabei hat die Maut ja etwas von einem Phantom: Keiner weiß wie sie aussieht, nur Herr Seehofer hat eine genaue Vorstellung davon. Jetzt kommt es darauf an, dass sich die neue Bundesregierung in der Tagesarbeit bewährt. Die Erfahrung lehrt, dass es meistens anders kommt als gedacht, und es soll auch schon Koalitionsverträge gegeben haben, die nicht eins zu eins umgesetzt wurden. Entsprechende Versäumnisse der Vorgängerregierung haben

übrigens dazu geführt, dass heute noch weniger ausgewiesene Wirtschaftspolitiker im Bundestag sitzen als vorher. Eine fatale Spätfolge des Verlustes politischer Glaubwürdigkeit einer politischen Strömung, die in einer Marktwirtschaft unverzichtbar ist.

Die IHK Nord, der Zusammenschluss von 13 norddeutschen Industrie- und Handelskammern, in dem unsere Handelskammer im ersten Halbjahr 2013 den Vorsitz führte, befasste sich im Rahmen einer Veranstaltungsreihe ausführlich mit dem Thema Infrastrukturausbau. Die Themen waren wenig erfreulich und reichten von defekten Schleusen des Nord-Ostsee-Kanals bis zur geschlossenen Rader Hochbrücke – unrühmliche Fanale des bisherigen Trauerspiels der Bundesverkehrspolitik.

Was die norddeutsche Zusammenarbeit betrifft, so gibt es 2013 durchaus Erfreuliches zu berichten.

Der Streit um die Windenergiemesse konnte beigelegt werden. Die gefundene Lösung, im jährlichen Wechsel zwei konzeptionell unterschiedliche Messen an den Standorten Husum und Hamburg auszurichten, schafft eine Win-Win-Situation für beide Seiten. Auf diese Weise wird weithin sichtbar die führende Rolle Norddeutschlands als Standort für Windenergie signalisiert.

Damit ist die Bahn nun wieder frei, die norddeutsche Zusammenarbeit auch in anderen Bereichen, wie zum Beispiel bei den Themen Fachkräfte, Bildung, Verkehr und Unternehmensansiedlungen intensiver voranzubringen. Zum norddeutschen Integrationsmotor kann sich die Metropolregion Hamburg entwickeln. Sie macht aus 1,7 Millionen Hamburgern 5,2 Millionen gefühlte Hamburger mit rund 250.000 Unternehmen. Wenn wir im weltweiten Wettbewerb um Investitionen und Arbeitskräfte mithalten wollen, müssen wir – schon aus Gründen der Sichtbarkeit und Durchschlagskraft – die Kräfte bündeln.

Die überwiegende Mehrzahl der Unternehmen denkt und handelt längst regional, national und international. Und auch Politik und Verwaltung reagieren auf diese Anforderung. Die staatsvertragliche Zusammenarbeit der vier norddeutschen Bundesländer mit 17 Landkreisen und zwei kreisfreien Städten in der Metropolregion Hamburg besteht bereits seit über zehn Jahren. Ein Ansatz, der allerdings zu kurz springt. Bisher wurde im Rahmen der Metropolregion mitunter *über* die Wirtschaft, aber nie *mit* der Wirtschaft geredet. Folgerichtig standen Wirtschaftsthemen nicht wirklich im Fokus. Stattdessen befasste man

sich mit dem Otterschutz und der Organisation von Fußballturnieren. Sicher, das sind wichtige Themen. Aber bringen Sie uns in der Metropolregion wirklich voran?

Andere Regionen sind uns in Sachen Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft und Wissenschaft teilweise mehr als zehn Jahre voraus. Deshalb muss die Devise jetzt lauten: Gemeinsam Gas geben! Um das Thema Wirtschaft in der Metropolregion in den Mittelpunkt zu rücken, hat unsere Handelskammer gemeinsam mit den übrigen Kammern im Umland sowie den Unternehmensverbänden und dem DGB in diesem Jahr die „Initiative pro Metropolregion Hamburg e.V.“ gegründet. Viele namhafte Unternehmen der Region sind bereits Mitglied des Vereins geworden, und ich rufe Ihnen allen zu: Beteiligen Sie sich, werden Sie Mitglied, jetzt ist die Zeit derer, die die Region voranbringen wollen. Wir möchten die wirtschaftliche, technologische und letzten Endes auch die soziale Entwicklung unserer Region vorantreiben. Wir setzen dabei auf die intensive Zusammenarbeit der Wirtschaft mit Ländern, Landkreisen und Kommunen.

Um herauszufinden, wo die Menschen und die Wirtschaft in der Metropolregion tatsächlich der Schuh drückt, haben wir im November eine große Umfrage gestartet. Auf Basis der Ergebnisse, die Anfang kommenden Jahres vorliegen werden, wollen wir Vorschläge für konkrete Projekte und Initiativen in der Metropolregion entwickeln.

Ein wichtiger Teilraum der Metropolregion ist die Region entlang der Unterelbe von Hamburg bis zur Elbmündung. Transport- und Energiekosten sind für Unternehmen wichtige Standortfaktoren. Aufgrund der Nähe zum seeschifftiefen Wasser und zu den Quellen der Windenergie sind die Voraussetzungen für Industrieansiedlungen in der Unterelberegion ausgesprochen günstig. Gemeinsam mit Partnern in Stade und Brunsbüttel wird unsere Handelskammer im kommenden Jahr eine mit den notwendigen Ressourcen ausgestattete Koordinierungsstelle einrichten, um die Entwicklung dieser Region voranzutreiben. Die Länder Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein fördern das Büro aus ihren regionalen Entwicklungsfonds. Dieses Projekt hat das Potenzial, deutliche Zeichen bei der regionalen Entwicklung zu setzen. Es kann auch ein Musterbeispiel dafür werden, wie die Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft in Zukunft organisiert werden kann.

Die Chancen der Region stehen und fallen allerdings mit der Fahrrinnenanpassung der Elbe und den Entwicklungsmöglichkeiten des Hamburger Hafens, der das Herz unserer Metropolregion ist.

Im vergangenen Jahr hatte ich an dieser Stelle deutlich gemacht, wie Parlamente und Verwaltung zugunsten von direkter Demokratie und Gerichten mehr und mehr Gestaltungsspielraum verlieren. In diesem Jahr haben wir die Gewichtsverlagerung innerhalb der Gewaltenteilung deutlich zu spüren bekommen. Dies kann an zwei Beispielen festgemacht werden: An der unerträglichen Verzögerung der Anpassung der Elbfahrrinne und an den Debatten rund um den Volksentscheid zum Rückkauf der Netze.

Ich rufe in Erinnerung: Nach einem der aufwändigsten Planfeststellungsverfahren in der Geschichte der Bundesrepublik, in dem auf sämtliche Belange von Umwelt- und Naturschutz Rücksicht genommen wurde und positiven Beschlüssen des Deutschen Bundestags und dreier Länderparlamente, erging ein Planfeststellungsbeschluss. Gegen diesen klagten die Umweltverbände postwendend vor dem Bundesverwaltungsgericht. Die Klage wurde angenommen und eine Entscheidung für den Herbst dieses Jahres in Aussicht gestellt. Inzwischen hat das Leipziger Gericht, nach einigem Hin und Her, einen Verhandlungstermin im Juli 2014 angesetzt.

Dieser gesamte Vorgang ist in doppelter Hinsicht problematisch. Erstens: Umweltschutzverbände vertreten Partikularinteressen. Durch das Verbandsklagerecht werden diese Interessenverbände einseitig bevorteilt und in den Stand einer vierten Gewalt im Staate erhoben. Das Verbandsklagerecht unterstellt, dass weder Parlament noch die Verwaltung in der Lage sind, Umweltschutzbelange ausreichend zu berücksichtigen, so dass nur noch der Weg der Klage der Verbände bleibt, um die Natur zu schützen. In einer repräsentativen Demokratie hat aber die Interessenabwägung im Parlament stattzufinden und nicht mittels Verbänden vor Gerichten. Deshalb ist das Verbandsklagerecht in seiner bisherigen Form nicht haltbar.

Das zweite Problem besteht in den fortgesetzten Verzögerungen der gerichtlichen Entscheidung. Das Gericht trifft allerdings keine Schuld. Verantwortlich ist der Gesetzgeber, der durch die gutgemeinte Verkürzung des Klagewegs dafür gesorgt hat, dass Klagen gegen Planfeststellungsbeschlüsse direkt beim Bundesverwaltungsgericht landen. Allerdings hat es der Gesetzgeber versäumt, gleichzeitig für eine entsprechende Ausstattung des Gerichts zu sorgen, so dass sich nun die Verfahren in Leipzig stapeln.

Diese beiden Umstände machen deutlich, wie sich Rechtsstaat und Demokratie selbst ad absurdum führen können. Ich bin geneigt, den Worten Abraham Lincolns beizupflichten, der mit beißender Ironie gesagt haben soll: „Rechtsstaat ist Herrschaft von Juristen für Juristen durch Juristen.“

Letztlich plädiere ich dafür, das Verbandsklagerecht auf den Prüfstand zu stellen.

Auf jeden Fall gilt: Es gibt Rechte, aber auch Verantwortung. Und Verantwortung schließt Haftung ein. Den Umweltschutzverbänden sollten die Kosten von Verzögerungen angelastet werden, die durch offensichtlich unbegründete Klagen entstehen.

Meine Damen und Herren, am 22. September wurde der Senat durch einen Volksentscheid zum vollständigen Rückkauf der Versorgungsnetze verpflichtet. Der Volksentscheid hat weitreichende Folgen. Ich nenne nicht absehbare Kosten in Milliardenhöhe, Verzögerung der Energiewende und aller Voraussicht nach wieder einmal langwierige Gerichtsverfahren. Unsere Handelskammer hatte in einer breiten Allianz von Partnern auf diese Konsequenzen hingewiesen. Mit unseren Sachargumenten haben wir in der Debatte Boden gutgemacht, konnten uns aber nicht durchsetzen. Am Ende siegten Emotionen über die Vernunft.

Zu den Initiatoren des Volksentscheids gehörten unter anderem der Kirchenkreis Hamburg-Ost und die Zentrale für Verbraucherschutz. Es wurde viel darüber debattiert, ob es die Aufgabe der mit öffentlichen Geldern finanzierten Zentrale für Verbraucherschutz oder der evangelischen Kirche ist, sich in einem Volksentscheid zur Netzpolitik so deutlich zu positionieren. Woher kam die Legitimation hierfür? Zumindest die Kirche hat erkannt, dass es nicht richtig war, ohne Gremienbeschlüsse hier Kirchensteuermittel einzusetzen. Diese Einsicht kam spät.

Auch unserer Handelskammer wurde das Recht abgesprochen, sich als gesetzliche Gesamtinteressenvertretung der Hamburger Wirtschaft mit klaren Worten in die Debatte einzuschalten. Aus einem bestimmten politischen Lager wurde sogar der Versuch unternommen, uns einen Maulkorb zu verpassen, indem man uns öffentlich die Missachtung geltenden Rechts vorwarf. Den Vertretern dieser Denkrichtung sage ich: Wer A sagt, muss auch B ertragen können. Gerade diejenigen, die sich seit Jahren für mehr direkte Demokratie ausgesprochen haben, erweckten den Eindruck, der Wille des Volkes interessiere sie nur, soweit er ihren Interessen dient. Meinungsvielfalt und öffentliche Debatte schienen nicht gewünscht zu sein.

Meine Damen und Herren, seit 349 Jahren pflegen wir die Tradition der Mitgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Wenn wir in demokratischen Verfahren unserer Handelskammer zu bestimmten Positionen gelangen, haben wir das Recht und die Verpflichtung, diese zu vertreten. Bisher haben wir dies gegenüber der Bürgerschaft, dem

Senat und den Behörden getan. Mit der Volksgesetzgebung hat die Bürgerschaft geruht, einen Großteil der tatsächlichen Gesetzesinitiative und der Gesetzgebung unmittelbar an das Volk zurück zu delegieren. Als überzeugter Anhänger der repräsentativen Demokratie halte ich das zwar für nicht vernünftig. Als Demokrat akzeptiere ich das und auch als Handelskammer müssen und werden wir entsprechend handeln. Gemäß Paragraph 1 IHK-Gesetz haben wir den Gesetzgeber zu beraten. Bisher trat als Gesetzgeber nur das Parlament in Erscheinung. Das machte es zu Adressaten unserer Stellungnahmen. Soweit künftig als Gesetzgeber das Volk unmittelbar tätig wird, werden wir uns also – wie zuvor gegenüber den Parlamentariern – unmittelbar an das Volk wenden müssen. Es ist also folgerichtig, dass unsere Handelskammer als Akteur in Verfahren der Volksgesetzgebung auftritt. Vielleicht sogar auch als Initiator.

Neben der neuen Rollenverteilung im demokratischen Prozess hat der Volksentscheid weitere Fragen aufgeworfen. Ich nenne drei Aspekte: Der erste Aspekt berührt die Art der Fragestellung, die dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird. In einem Nachsatz des jüngsten Volksentscheides wurde als Ziel des Netzzurückkaufs „eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung“ postuliert. Das sind hervorragende Ziele, für die sich auch unsere Handelskammer einsetzt. Aber die Formulierung ist hochgradig suggestiv und hat mit der Frage, wem die Netze gehören, nichts zu tun! Es liegt auf der Hand, dass so Emotionen geschürt werden und das Ergebnis einer Volksbefragung verzerrt werden kann. Ich rege an, ein Verfahren zu entwickeln, das zu klaren Sachfragen führt und suggestive Formulierungen vermeidet.

Ein zweiter Bereich, über den nachgedacht werden sollte, ist der Umgang mit den finanziellen Auswirkungen einer Volksabstimmung. Zwar dürfen Haushaltspläne qua Verfassung nicht Gegenstand von Volksinitiativen sein. Allerdings hat doch letztlich so gut wie jede politische Entscheidung finanzielle Konsequenzen. Volksinitiativen sollten daher zu mehr Transparenz verpflichtet werden. Sie müssten zusammen mit der Abstimmungsfrage auch belastbare Aussagen über die finanziellen Folgen vorlegen.

Ein dritter Punkt ist die politische Verantwortung für das Ergebnis von Volksbefragungen. Während sich eine Volksinitiative nach erfolgter Abstimmung auflöst und deren Akteure sich so der demokratischen Kontrolle entziehen, obliegt es dem Senat, die Entscheidung umzusetzen. Die negativen Auswirkungen in Form höherer Schulden und einer verschleppten Energiewende wird der Wähler aller Voraussicht nach dem Senat anrechnen und die Quittung bei der nächsten Wahl präsentieren. Will man das Auseinanderfallen von

Handlung und Haftung begrenzen, muss man darüber nachdenken, bei wem unter welchen Bedingungen das Initiativrecht für Volksbefragungen liegt.

Unsere Handelskammer wird sich im kommenden Jahr mit diesen Fragen auseinandersetzen. Wir werden Position beziehen und zu diesbezüglichen Gesprächen und Diskussionsrunden einladen. Neben dem Netzzückkauf standen in diesem Jahr natürlich viele weitere Themen von Bedeutung auf der politischen Agenda Hamburgs.

Sehr zu begrüßen ist, dass der Senat weiterhin an seinem Konzept zur Haushaltskonsolidierung festhält. Vergleicht man die Zahlen der Jahre 2011 und 2012, ergibt sich eine Steigerung der Gesamtausgaben von 1,5 Prozent. Diese Erhöhung liegt über der vom Senat angekündigten Steigerungsrate von knapp unter einem Prozent. Allerdings halte ich dem Senat zu Gute, dass in diesen Mehrausgaben neben durchlaufenden Posten aus Zuweisungen des Bundes auch Positionen enthalten sind, die zu einer nachhaltigen Strukturverbesserung des Haushalts führen.

Aber, Herr Senator Dr. Tschentscher, schon im letzten Jahr hatte ich darauf verwiesen, dass mehr Ehrgeiz nicht verboten ist. In dieser Auffassung bestärkt mich eine Meldung aus Schleswig-Holstein, nach der der dortige Haushalt schon 2013 einen Überschuss ausweist und die Schuldentilgung angekündigt wurde. Ja wollen wir denn hinter Schleswig-Holstein zurückstehen?

Ein wenig holprig verlaufen ist in diesem Jahr der Start der Hamburgischen Investitions- und Förderbank. Unsere Handelskammer hat von Anfang an keinen Hehl daraus gemacht, dass wir diese Bank für entbehrlich halten. Nun, da es die Bank gibt, haben wir uns entschlossen, das Beste zum Gelingen des Projekts beizutragen. Anknüpfungspunkte für die Zusammenarbeit gibt es zum Beispiel beim Hamburg-Kredit, bei der Begleitung von Existenzgründern oder bei gemeinsamen Veranstaltungen.

Der Anteil der Verkehrswirtschaft an der Wertschöpfung liegt in Hamburg etwa doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Neben den überregionalen Verkehrsanbindungen, insbesondere den Hinterlandanbindungen unseres Hafens, ist auch der innerstädtische Verkehr von großer Bedeutung für die Hamburger Wirtschaft. Das Busbeschleunigungsprogramm kann in einer Metropole den Ausbau des schienengebundenen öffentlichen Nahverkehrs nicht ersetzen und muss im Hinblick auf den Verkehrsfluss beim Individualverkehr mit Augenmaß betrieben werden. Der Rückbau vorhandener Bushaldebuchten mit der Absicht, dass Busse künftig auf der Straße halten,

lässt dieses Augenmaß vermissen und ist angesichts der Finanzlage überhaupt nicht vertretbar.

In einer Resolution unseres Plenums haben wir ausdrücklich begrüßt, dass der Senat durch eine Verdoppelung der Mittel für den Erhalt des Hamburger Straßennetzes die richtigen Prioritäten setzt. Jede Baustelle, die der Grundinstandsetzung unserer maroden Straßen dient, ist eine gute Baustelle. Inzwischen dürfen wir uns alle an 64 Kilometern instandgesetzten Straßen und holperfreiem Fahren erfreuen – ein Gefühl, dass man nach den Versäumnissen der Vorgängersenate schon fast vergessen hatte.

Durch verstärkte Bautätigkeit wurden aber auch der Verkehrsfluss und die Erreichbarkeit der Anlieger notwendigerweise vorübergehend eingeschränkt. Teilweise geschah dies in einer Weise, die dem Bürger nicht immer nachvollziehbar erschien. Mitunter fühlte ich mich an Ephraim Kishons „Blaumilchkanal“ erinnert. Daher sehe ich durchaus Nachbesserungsbedarf bei der Kommunikation und beim Baustellenmanagement. Dazu zählen klare Verantwortlichkeiten, professionelles Projektmanagement und -controlling, mehr Transparenz sowie erhöhte Priorität für die Einrichtung leistungsfähiger Umleitungen.

Eine besondere Herausforderung in diesem Bereich ist der demnächst beginnende Ausbau der A7 zwischen Othmarschen und der schleswig-holsteinischen Landesgrenze. Wie kann es sein, dass im neuen Jahr zeitgleich mit den Arbeiten am Autobahnbauwerk „Langenfelder Brücke“ die Kieler Straße zur Großbaustelle wird? Da ist doch das Verkehrschaos im gesamten Hamburger Westen vorprogrammiert. Mit Blick auf die besondere Bedeutung der A7 und die nicht vorhandenen Umfahrungsmöglichkeiten, gilt es hier durch gute Koordination der einzelnen Maßnahmen und Straffung der Bauzeit einen Dauerstau zu vermeiden. Herr Senator Horch, hier sind Managerqualitäten gefragt!

Neben der Verkehrspolitik ist auch die Bildungspolitik ein Dauerthema für unsere Handelskammer. Denn nach wie vor gilt: Die Bildungspolitik von heute ist die Wirtschaftspolitik von morgen.

Mit der 2013 erstmals erfolgten Veröffentlichung der Ergebnisse der Schulinspektion wurde einer alten Forderung unserer Handelskammer gefolgt. Ein interessantes Ergebnis der Schulinspektion ist, dass die Schulform nur wenig Einfluss auf die Qualität des Unterrichts hat. Ob der Unterricht gut oder schlecht ist, hängt fast ausschließlich von der Lehrkraft ab. Jetzt haben wir amtlich, was der Laie immer schon wusste. Vor diesem Hintergrund appelliere ich an alle Verantwortlichen innerhalb und außerhalb der Bürgerschaft, den

Hamburger Schulfrieden einzuhalten. Lassen Sie uns gemeinsam dafür eintreten, dass der Zombie der 70er Jahre, die unfruchtbare Schulformdebatte, nicht durch die Forderung nach Wiedereinführung des 13-jährigen Abiturs am Gymnasium nach Hamburg zurückkehrt. Vielmehr sollten wir unsere Kraft für eine Entschlackung der Lehrpläne und eine Qualitätsverbesserung des Schulunterrichts einsetzen. Zum Beispiel durch die Verbesserung der Auswahl und der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und durch die flächendeckende Einführung echter Ganztagschulen.

Unsere Handelskammer geht hier mit gutem Beispiel voran und hat in diesem Jahr erstmals einen Preis für Hamburgs beste Ganztagschule vergeben. Ausgezeichnet wurden die Grundschule Lämmersieth, das Gymnasium Klosterschule in St. Georg und die Stadtteilschule Poppenbüttel.

Die heutigen Schulabsolventen stehen vor einer gänzlich anderen Situation als die Jugendlichen vor zehn oder 20 Jahren. Bis vor einigen Jahren bestimmte in vielen Berufen noch Lehrstellenmangel den Ausbildungsmarkt. Inzwischen hat sich das Blatt gewendet. Bei weiterhin hohem Ausbildungsengagement der Hamburger Wirtschaft fällt es immer schwerer, die freien Lehrstellen mit Bewerbern zu besetzen. Die Verbesserung des Übergangssystems von der Schule in den Beruf ist ein wichtiges Instrument, um hier gegenzusteuern. Vor diesem Hintergrund begrüße ich das im Juni vorgestellte Konzept zur verbindlichen Berufs- und Studienorientierung an den Stadtteilschulen sehr. Selbst der Koalitionsvertrag hat sich das, dank unseres Bürgermeisters, zum Vorbild genommen. Stadtteilschulen, Jugendberufsagenturen und Berufsschulen werden künftig gemeinsam den Übergang von der Schule in den Beruf vorbereiten.

Die beschlossene Neuorganisation der Hamburger Berufsschulen ist übrigens ein Paradebeispiel eines erfolgreichen großen Reformprojekts. Mit vereinten Kräften werden wir künftig jedem Jugendlichen eine klare Perspektive bieten.

Nicht nur auf dem Ausbildungsmarkt macht sich der demografische Wandel bemerkbar. Bereits jedes vierte Hamburger Unternehmen sieht im Fachkräftemangel ein Risiko für die zukünftige Geschäftsentwicklung. Die Hamburger Fachkräftestrategie, die der Senat unter Mitwirkung aller Betroffenen in diesem Jahr auf den Weg gebracht hat, kann sich als wirkungsvolles Instrument erweisen und hier gegensteuern. Jetzt kommt es allerdings darauf an, dass dieses breite Bündnis Fahrt aufnimmt und schon bald greifbare Ergebnisse erzielt. Unsere Handelskammer wird zur Unterstützung der Fachkräftestrategie und als Service für alle Hamburger Unternehmen im Januar den Hamburger Fachkräftemonitor im Internet

freischalten. Damit wird es jedem Unternehmen ermöglicht, passgenau die Entwicklung des jeweils relevanten Fachkräftemarkts zu analysieren.

Seit mehr als 15 Jahren setzt sich unsere Handelskammer für die Einrichtung von Technologieparks ein, in denen innovative Unternehmen gegründet und angesiedelt werden können. 2011 haben wir mit einem Standpunkt konkret aufgezeigt, wie und wo es gehen könnte. In diesem Jahr sind wir gemeinsam mit Ihrer Behörde, verehrter Herr Senator Horch, aber auch mit der Behörde für Wissenschaft und Forschung und den Bezirksämtern einige entscheidende Schritte weiter gekommen. Derzeit wird an Projekten für Technologieparks in Bergedorf, Harburg und in Lurup gearbeitet. Erste Spatenstiche könnten vielleicht noch in dieser Legislaturperiode erfolgen.

Gar nicht ins Bild der Bemühungen passen da die planerischen Aktivitäten des Bezirkes Altona. Die bisher vollständig für den Innovationspark beim DESY vorgesehene Fläche von 13 Hektar soll nun zu großen Teilen für Sportplätze und – man höre und staune – sogar für eine Hundeauslaufwiese zur Verfügung gestellt werden. Für den Innovationspark verblieben damit weniger als vier Hektar. Mit dem DESY und dem geplanten Aufbau eines eigenständigen Fraunhofer-Instituts stehen aber Technologiegeber zur Verfügung, die eine große Anziehungskraft des neuen Parks erwarten lassen. Seine nun vorgesehene Größenordnung wird den daraus erwachsenden Ansprüchen in keiner Weise gerecht. Ich appelliere dringend an den Senat und den Bezirk, diese Planungen zu überdenken.

Nicht nur bei der Größenordnung des Technologieparks in Altona, sondern auch bei den Dimensionen, in denen über die Zukunft unserer Stadt nachgedacht wird, sehe ich Handlungsbedarf. Mit unserem Projekt „Hamburg 2030“, das unsere Handelskammer vor drei Jahren gestartet hat, haben wir eine Vision aus Sicht der Wirtschaft entwickelt. Inzwischen ist „Hamburg 2030“ fest in den jährlichen Planungen der Kammer verankert und wird mit vielen Einzelmaßnahmen vorangetrieben.

Ich glaube, dass Hamburg eine Vision braucht. Eine Vision, wohin die Entwicklung unserer Stadt in den nächsten 10, 20, 30 Jahren gehen soll. Und es ist auch Aufgabe der Politik, eine solche Vision zu entwickeln.

Sicher, die Internationale Bauausstellung war ein vielbeachtetes Zukunftsprojekt, das für die südlichen Stadteile viel bewegt hat. Die Frage ist nur: Wie wird dieser Impuls nun weitergeführt? Und traurig ist, wie sehr die Internationale Gartenausstellung sehenden Auges verpatzt wurde.

Im August 2011 haben Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, angekündigt, das erfolgreiche Leitbild Ihrer Vorgänger – wir alle erinnern uns an die „Wachsende Stadt“ – unter dem Titel „Big City“ zu konkretisieren. Im Januar dieses Jahres haben Sie anlässlich einer Rede im Übersee Club diese Gedanken weiterentwickelt. Und erst vor wenigen Tagen haben Sie im Hamburger Abendblatt vor Kleingeist gewarnt und Mut zu Großprojekten sowie eine Vorstellung davon gefordert, wie unsere Stadt in den Jahren 2035 bis 2040 aussehen soll.

Katalysator und Leuchtturm hierfür könnte eine Olympia-Bewerbung sein. Sie sollte ein Beispiel für nachhaltige und moderne Spiele des 21. Jahrhunderts setzen. Sie brächte den Sport und die Stadt voran. Das Einvernehmen mit dem Hamburger Sportbund liegt uns dabei besonders am Herzen. In den nächsten Wochen und Monaten sollten sorgfältige Gespräche mit dem Deutschen Olympischen Sportbund geführt werden, um aus den Fehlern vergangener Bewerbungen zu lernen und neue Chancen zu nutzen. Unsere Bevölkerung steht übrigens, ohne dass bislang besonders Werbung hierfür gemacht worden wäre, durchaus positiv zur Idee Olympische Sommerspiele in Hamburg. Eine vor wenigen Tagen in Auftrag unserer Handelskammer von EMNID durchgeführte Befragung kommt zum Ergebnis, dass sich 59 Prozent der Hamburger dafür und nur 37 Prozent eher dagegen aussprechen. 77 Prozent sähen sogar unseren Ruf als Weltstadt verbessert. Also Herr Bürgermeister – ich nehme Sie beim Wort, packen Sie es an!

Am 16. Januar 2014 beginnt die Frist zur Stimmabgabe für die Wahlen zum Plenum unserer Handelskammer. Rund 170.000 Unternehmen sind aufgefordert, das Parlament der Hamburger Wirtschaft zu wählen. 97 Kandidatinnen und Kandidaten stellen sich in 13 Wahlgruppen zur Wahl. Es freut mich sehr, dass wir in diesem Jahr durch intensives Werben auch in Zusammenarbeit mit den Verbänden den Anteil der Kandidatinnen deutlich erhöhen konnten. Insgesamt haben sich 28 Kandidatinnen aufstellen lassen.

Gerne ergänze ich, dass wir im April einen Transparenzparagrafen in unsere Satzung aufgenommen und am 1. Dezember ein eigenes Transparenzportal für unsere Mitglieder freigeschaltet haben. Seit 2010 wurden unser Umlagesatz um fast 30 Prozent und die Grundbeiträge um 20 Prozent gesenkt. 40 Prozent unserer Mitglieder sind ohnehin von jeglichen Beitragszahlungen freigestellt. Gleichwohl muss es unsere oberste Priorität bleiben, dass die Hamburger Unternehmen weiterhin auf eine finanziell solide, leistungsfähige und schlagkräftige Handelskammer zählen können.

Für unsere HSBA Hamburg School of Business Administration, die duale Hochschule der Hamburger Wirtschaft, wird 2014 ein besonderes Jahr. Sie begeht im kommenden Jahr ihr 10-jähriges Jubiläum. Und pünktlich dazu werden wir den Erweiterungsbau der Handelskammer einweihen, den die HSBA als Hörsaalgebäude nutzen wird. Das Gebäude wird dieser Tage fertiggestellt und wir blicken – bei allen inzwischen gut gelösten Schwierigkeiten, die der komplizierte Bau über der U-Bahn mit sich brachte – mit Stolz und Freude darauf.

Mit Blick auf das zu Ende gehende Jahr danke ich dem Senat der Stadt für die geleistete Arbeit. Insbesondere Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister Scholz, danke ich für die gute Zusammenarbeit.

Mein Dank gilt ebenso den Abgeordneten des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestages, der Bürgerschaft und der Bezirksversammlungen, den Bundesbehörden und der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg sowie den Gerichten.

Ich danke auch dem Konsularischen Corps, den Kirchen, der Bundeswehr, der Polizei, der Feuerwehr, den Verbänden, den Kammern, den Gewerkschaften und den Medien.

Ich danke der Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg, die sich unter Ihrer Leitung, verehrter Herr Dyckerhoff, zugunsten ethischer Grundsätze in der Wirtschaft einsetzt.

Ich danke all denen, die mit ihrem Engagement in Form von Stiftungen und Spenden sowie durch persönlichen Einsatz dazu beigetragen haben, soziale Nöte zu lindern und kulturelle Projekte zu fördern.

Meine Damen und Herren, ich habe ausgeführt, dass unsere Wirtschaft und unser Gemeinwesen in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen stehen, wenn wir weiterhin „Wohlstand für alle“ gewährleisten wollen. Wir haben das Potenzial, diese Herausforderungen zu bewältigen, wenn sich Politik und Wirtschaft gemeinsam auf den Weg machen. „Handeln – nicht unterlassen!“ muss dabei die Devise lauten. Grundlegend hierfür ist die Einsicht von Jonathan Swift: „Was nützt die Freiheit des Denkens, wenn sie nicht zur Freiheit des Handelns führt“. Nutzen wir die uns gegebene Freiheit des Handelns! Denn Handeln ist erforderlich, wenn es darum geht sicherzustellen, dass Deutschland seine gute Position im internationalen Wettbewerb ausbauen und darüber hinaus einen verlässlichen Beitrag zu Frieden und Sicherheit leisten kann. Entschlossenes Handeln ist erforderlich,

wenn es darum geht, die europäischen Institutionen so weiterzuentwickeln, dass Stabilität und Wachstum zu unverrückbaren Eckpfeilern der europäischen Integration werden. Sehr umsichtiges Handeln ist erforderlich, wenn es gelingen soll, die vielen Ziele unserer neuen Bundesregierung umzusetzen und dabei gleichzeitig den Kurs der Haushaltskonsolidierung fortzusetzen. Weitsichtiges Handeln ist erforderlich, wenn es gelingen soll, die Spielregeln unseres Gemeinwesens so weiterzuentwickeln, dass wir zukunftsfähig bleiben. Schließlich ist visionäres Handeln erforderlich, wenn es darum geht, die Zukunft unserer Stadt zu gestalten.

Am Ende kommt es auf jeden Einzelnen von uns an: An seinem Platz, in seiner Aufgabe – zu handeln und das Erforderliche zu tun – statt es zu unterlassen!

Ich wünsche Ihnen allen ein glückliches, friedliches und gutes Jahr 2014.

Es gilt das gesprochene Wort.